

Politik und Ökonomie des Internets

Einleitung zum Schwerpunkt

von Björn Böhning, Kai Burmeister, Tim Rohardt, Thilo Scholle und Stefan Stache

Foto: www.fotolia.com, © pn_photo



„Wettrüsten für den Krieg im Internet“ titelt die Financial Times Deutschland am 7. Februar und der Leitartikel dazu fragt: Sind jetzt alle Missetaten im Internet bereits ein Kriegsakt in Zeiten des Cyberwars? Stuxnet, der Wurm, der die iranischen Atomanlagen befallen hat, mag in so eine Kategorie passen. Die Jugendlichen, die illegal Musik downloaden, begehen hingegen möglicherweise Straftaten gegen das geistige Eigentum, aber nicht mehr. Wikileaks dagegen hat wohl letztlich einfach der weitestgehenden Interpretation des Free Information Act vorgegriffen, als es tausende von Botschaftskabeln veröffentlichte. Das Medium Internet hat es Wikileaks ermöglicht, dieser Datenmenge habhaft zu werden. Einmal im Internet veröffentlicht, dürfte es zudem nahezu unmöglich sein, diese jemals wieder unter Verschluss zu bringen. Auch die Banker, die mittels digitalen Handelsplätzen komplexe Finanzprodukte über dem Erdball verstreuten, stehen nicht qua Technologie-nutzung im Fokus von Gerichtsverfahren. In polit-ökonomischer Sicht hat das Internet mit zur Herausbildung des neuen Paradigmas des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus beigetragen. Ohne die Möglichkeiten globaler Vernetzung in Echtzeit wäre eines der bestimmenden Prinzipien – die Ausbeutung von Zeit bei der Spekulation – nicht möglich.

Die Einschätzung der ökonomischen Bedeutung des Internets fällt schwer. Es ist zu bemerken, dass das Internet bereits vor zehn Jahren seine erste Blase produziert hat. Dieses Platzen hat die damalige Euphorie hinsichtlich der ökonomischen Potentiale auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Zugleich haben die Informations- und Kommunikationstechnologien neue Beschäftigung geschaffen, bestehende Wirtschaftszweige drastisch verändert und auch neue Unternehmen entstehen lassen. Heute sehen wir, Wertschöpfungsprozesse werden durch ITK-Technologien auf eine veränderte Grundlage gestellt. Doch in welchem Maße dies zu Wachstum und Beschäftigung beiträgt, darüber gehen wilde Spekulationen weit auseinander, vor allem weil eindeutige Befunde fehlen.

Klar ist, die Ökonomie des Internets ist nicht unabhängig von den Bedingungen der Konjunktur. Nicht selten klaffen bei den Unternehmen der dot.com-Ökonomie Börsenperformance und realer Unternehmenswert weit auseinander. So mag der Erfolg von Facebook ganze Kinofilme füllen, ob ein gut sortierter Werbeträger, wie es diese Plattform schlicht ist, wirklich 50 Milliarden Dollar wert ist, sei dahingestellt. Insofern sind Befürchtungen einer gerade entstehenden „Blase 2.0“ nicht aus

der Luft gegriffen, sondern real. Denn wie sehr Kapital momentan auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten ist, und wie wenig interessante Investitionsmöglichkeiten es momentan gibt, sieht man am mehrere hundert Millionen Dollar schweren Kauf der Online-Zeitung Huffington Post durch AOL. So versuchen sich auch „alte“ Granden der Neuen Medien in die neue Zeit einzukaufen. Der Ausgang ist mehr als ungewiss. Für die politische Linke ergeben sich zahlreiche unbearbeitete Fragestellungen der Ökonomie und Politik des Internets:

1. Ökonomie des Internets: Wie entwickeln sich die Eigentumsverhältnissen an Produktions- und Distributionsmitteln, insbesondere von Computerprogrammen und an Konsumgütern, derzeit insbesondere kultureller Güter wie Musik, Filme oder Spiele? Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung auf Netzökonomie, Informationsrenten und das Urheberrecht? Welche Folgen hat eine forcierte Internationalisierung von Produktion und Distribution für Volkswirtschaften, Wirtschaftsräume und das Arbeitsverhältnis? Wie groß ist die Gefahr einer digitalen Spaltung und was ist dagegen zu unternehmen?

2. Politik des Internets: In welchem Maß kann das Internet ein Medium herrschaftsfreier Kommunikation sein? Ist es bereits im Interesse ökonomischer und politischer Organisationen vorstrukturiert? Führt die durch das Internet hergestellte Sichtbarkeit persönlicher Daten zu Transparenz und Kommunikation oder ermöglicht sie eher Repression und Kommerzialisierung?

Der Heftschwerpunkt soll eine erste Annäherung von spw leisten. Insgesamt gilt: Das Internet stellt Theorie und Praxis der sozialistischen Politik und Wirtschaft vor mehrere miteinander verflochtene Herausforderungen.

Mehr Demokratie durch das Internet?

Nicht erst seit der „Facebook – Revolution“ in Tunesien ist die Frage nach dem Zusammen-

hang von Internet und Demokratie in den Mittelpunkt gerückt. Oft wird der Gedanke entwickelt, im Internet biete sich die Chance einer herrschaftsfreien Welt, die mit den regulatorischen Mitteln des analogen Zeitalters nicht mehr zu regulieren sei. Einher geht eine solche Position oft mit einer emphatischen Beschreibung von Blogs, sozialen Netzwerken und globaler Vernetzung schlechthin. Dass auch das Netz kein herrschaftsfreier Ort ist, dürfte aber trotzdem schnell einleuchten. Dies beginnt mit dem simplen Fakt, dass für den Zugang zum Internet auch materielle Voraussetzungen – Computer, Netzleitungen, freie Zeit – bestehen, die längst nicht überall erfüllt sind.

Zudem: Nur die schlichte Tatsache, dass über das Netz nun in viel kürzerer Zeit viel mehr Informationen zur Verfügung stehen, macht einen politischen Diskurs noch nicht pluraler und die Kommunikation nicht herrschaftsfreier. Ein politisches Flugblatt wird nicht deshalb mehr gelesen, weil es nun auch als Blog-Eintrag zu finden ist. Das Internet stellt hohe Anforderungen an die individuelle Medienkompetenz. Es reicht eben nicht, einfach nur zu surfen. Um die Informationen verstehen und kritisch einordnen zu können, sind Kenntnisse der Informationsbearbeitung und -verarbeitung nötig. Alternative Informationen jenseits des Hauptstroms, die z.B. durch soziale Bewegungen im Netz bereit gestellt werden, treffen wie die klassischen Medien auf eine milieuspezifische Nutzung.

Zudem prägt die Oligopolstruktur der Medienunternehmen auch die Bereitstellung anerkannter Inhalte im Netz. Die journalistische Qualität leidet unter kurzfristigem ökonomischen Renditedruck und der Abhängigkeit von Werbewirtschaft und verlegerischen Eingriffen. In spw wurde das Wechselspiel zwischen ökonomischer Konzentration und publizistischer Krise bereits im Zusammenhang von Medien, Macht und Hegemonie diskutiert (spw 138/2004). Auch wenn sich Räume für kritische Gegenöffentlichkeiten aufgetan haben, so ist deren Reichweite begrenzt.

Kurz: Jenseits von plumpem Technik-Skeptizismus oder allzu schlichter Euphorie geht es darum, einzuordnen, welche Entwicklungen und Potentiale sich im Internet tatsächlich abspielen. Dass die Möglichkeiten kurzfristiger Vernetzung und Benachrichtigung enorm gestiegen sind, weiß jeder. Nur genauso wenig wie die Erfindung des Buchdrucks automatisch die herrschaftsfreie Verfügung über das Wissen bedeutete, genauso wenig wird dies das Internet tun.

Interessant sind die Fragen, wie sich Zugang zum Netz herstellen, und wie sich das Internet zu demokratischen Diskussionen, zu politischer Arbeit und zu gesellschaftlicher Vernetzung nutzen lässt. Es liegt nahe, das Netz als einen weiteren „öffentlichen Raum“ zu betrachten, der entsprechend für die verschiedenen Tätigkeiten reguliert werden muss – für geschäftliche Tätigkeiten, für die private Nutzung, für politischen und gesellschaftlichen Austausch.

Regulierung des Internets

Bei einem solchen Prozess spielen netzpolitische Aktivitäten eine wichtige Rolle. Ihre Einbindung zu gewährleisten, wird eine der Herausforderungen sein. Die Regulierung des Internets ist eine gesellschaftliche Frage, die nicht nur einer bestimmten Gruppe von Nutzerinnen und Nutzern überlassen bleiben darf. Wenn man dies in längere Linien einordnet, mag das zum Verständnis helfen. Hans-Peter Bull betrachtet in seinem Beitrag das Internet mit dem Prinzip des Datenschutzes, der in der Zeit des Volkszählungsurteils von 1983 entstand. Damals eine innovative normative Antwort auf die neuesten technischen Möglichkeiten der Datenspeicherung. Mit dem Internet kann man wohl sicher viel leichter viel größeren Schaden anrichten – gezielt oder ungezielt, absichtlich oder fahrlässig, als das mit bisherigen Medien der Fall war. Aber die Bewertung von Hans-Peter Bull erinnert zu Recht an den Umstand, dass die Grundregeln des Persönlichkeitsschutzes – die auf das Da-

tenschutzrecht zurückgeht – unabhängig von der Form der Kommunikation gelten. Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung sind verboten und strafbar, gleich wie und wo sie stattfinden.

Aber das Netz gilt oberflächlich betrachtet als ein Raum der Anonymität und wird gerne mit Blick auf die staatliche Ordnungsfunktion als anarchischer Raum beschrieben. Dazu gilt, was gerade von linken Denkern aufgenommen werden müsste: „Anarchy is what states make of It“ (Alexander Wendt, 1992¹). Dieser Satz korrespondiert mit einem der Grundgedanken linker Politik, wonach die Welt und ihre sozialen Formung wandelbar sind. Die Wirklichkeit ist also das, was man sozusagen „erwirkt“ und nicht etwas, dem man hilflos ausgeliefert ist. Mit Blick auf die Chancen des Netzes und einer viel zitierten Netzgemeinde mag der Wahlspruch Wendts auch lauten: „Anarchy is what societies make of It“.

Modernisierte Produktivkräfte und informationeller Kapitalismus

Es ist aber nicht nur der Umgang mit Informationen und deren Bereitstellung, welche die neue Netzgesellschaft ausmachen, sondern es sind auch die modernisierten Produktivkräfte und eine Veränderung der Wertschöpfung, bei denen Wissen, Information und technische Entwicklung – neben ökonomischem Kapital – eine immer wichtigere Rolle in der ökonomischen Entwicklung spielen. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stellen Leitetchnologien und einen gewichtigen Aspekt der ökonomischen Strukturverschiebungen dar.

Manuel Castells, ein Vordenker der Informationsgesellschaft, hat zu dieser Strukturverschiebung von einigen Jahren das Konzept eines informationellen Kapitalismus entworfen, bei dem die globalen Finanzmärkte und

¹ Alexander Wendt (1992) "Anarchy is what states make of It", in: International Organization 46: 2, 391-425

ihre Managementnetzwerke der kollektive Kapitalist sind, die Mutter aller Akkumulation. Wenn man sich überlegt, womit die Finanzmärkte handeln, dann ist es weniger das Geld, sondern das Wissen und die Information, die Prognose und das Szenario zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklungen. So wurde die Realwirtschaft und die tatsächliche Arbeit zur abhängigen Variable der Finanzialisierung, welche auch durch die Digitalisierung der Handelsplätze einen Boom erlebten. Als Quintessenz seiner Überlegungen kann die interne Fragmentierung der Arbeitskräfte zwischen informationellen Produzenten und ersetzbarer generischer Arbeit gelten.

Er beschreibt dazu auch die Exklusion eines bedeutenden Segments der Gesellschaft, das aus ausrangierten Individuen besteht, deren Wert als Arbeitskräfte und Konsumenten aufgebraucht scheint und deren Bedeutung als Menschen ignoriert wird. Das sei der Ausdruck der Trennung zwischen der Marktlogik der globalen Netzwerke der Kapitalströme und der menschlichen Erfahrung des Arbeitslebens². Die informationstechnologische Revolution sei entscheidend für die fundamentale Neustrukturierung des kapitalistischen Systems seit den 1980er Jahren gewesen. Das Charakteristische der daraus resultierenden Gegenwart ist nicht die zentrale Bedeutung von Wissen und Information, sondern die Anwendung dieses Wissens und dieser Information zur Erzeugung neuen Wissens und zur Entwicklung von Geräten zur Informationsverarbeitung und zur Kommunikation.

Die Neuerung der Netzgesellschaft versprach noch zu Beginn der Jahrtausendwende nicht nur soziale Öffnungen wie mehr qualifizierte und gutbezahlte Arbeitsplätze, eine größere Arbeitsautonomie, neue Aufstiegsmöglichkeiten - bis hin zum vermeintlichen Abbau von organisatorischen Hierarchien. Sie

versprach ebenso einen allgemeinen Wohlstandszuwachs und ermöglichte Rausche spekulativer Investitionen, die in dramatischen Preissteigerungen bei Aktien mündete. Die Widersprüche in der Arbeitswelt sind offenkundig: Björn Böhning und Lars Klingbeil betonten in ihrem Beitrag, dass Zuwächse an Autonomie und Freiheit nicht selten mit Überforderung, Projektdruck und sozialer Verunsicherung einhergehen. So seien allein in Berlin knapp die Hälfte aller Menschen, die in der Kreativwirtschaft arbeiten, (Solo-)Selbständige und freie Mitarbeiter mit meist geringem Einkommen. Somit ergibt sich die Frage nach der Interessenvertretung dieser neuen Beschäftigtengruppen. Gewerkschaften müssen es schaffen, in diesen Bereichen die Interessen auch dieser Gruppen glaubwürdig zu vertreten, andernfalls geht dieses Potenzial für fortschrittliche Arbeitnehmerpolitik verloren.

Die Einordnung der Wirtschaft als informationellem Kapitalismus durch Castells fällt genau in die Zeit, in welcher der Rausch und die Überhitzung der Finanzmärkte, deren aberwitzige Handelsformen vollständig auf der neuen Infrastruktur von Digitalisierung, Satellitenkommunikation und Vernetzung elektronischer Handelsplätze beruhen, für sensible Beobachter bereits sichtbar wurde.

Commons-basierte Peer-Produktion

Eine andere nun folgende Entwicklung, die zur Institutionalisierung der neuen Technologien hinzuzurechnen und dagegen politisch wünschenswert erscheint, ist die Bewegung des Open Source für freie Software. Stefan Meretz beschreibt dazu in seinem Beitrag vier Definitionsmerkmale dieser Freiheit: „verwenden, verbreiten, verändern“ und „Veränderungen verbreiten“. Ähnlich sind auch die Forderungen der Bauernbewegung, die über Saatgut frei verfügen will. Die Freie-Software-Bewegung kämpft gegen die Software-Patentierung und Bauern gegen Saatgut, dessen Lizenzen eine Neuaussaat der Erträge verbieten. Der Schutz

² Manuel Castells: Die Jahrtausendwende. Das Informationszeitalter III, Opladen 2003, S. 397

von so genanntem „intellektuellem Eigentum“ kann sich in Wahrheit als Enteignung und künstliche Verknappung von Wissen und Erfahrung erweisen, wenn er nicht die Arbeit der Produzenten, sondern die Verwandlung von Wissen in Kapital schützen soll.

Die so genannten Commons hingegen, im Deutschen mit „Gemeingütern“ missverständlich übersetzt, sind Güter oder Ressourcen, die von einer Gemeinschaft gemeinschaftlich hergestellt und gepflegt werden. Die Gemeinschaft entscheidet auch über die gemeinsame Nutzung. Die Commons-Regel „Alle können nehmen“, wie etwa bei freier Software, sieht zwar so ähnlich aus wie das „Alle nehmen einfach“ bei unregulierten Gütern (wie das Beispiel der Überfischung des Gemeingutes „Meere“ verdeutlicht), bedeutet jedoch etwas anderes. „Alle können nehmen“ ist wohlüberlegt explizit festgelegt worden, weil es die Güter nicht beschädigt, sondern die Gemeinschaft vergrößert und allen nutzt. Es führt auf das Wissen als Produktivkraft, welches bei Nutzung und Verschränkung im Wert nur steigt, während Arbeit und Boden knappe Güter sind.

Chancenfenster sozialer Bewegungen

Das Wissen und die Wissens- und Medienkompetenz können im Kern als Chance und als Schranke einer teils digitalen Netzgesellschaft gelten – nicht allein die Kategorisierung aller Formen digitaler Aktion und Reaktion wie durch Andreas Hetzer in seinem Beitrag dargestellt, führt dabei auf Partizipation und Inklusion, sondern weiterhin die Verwirklichung einer gegensätzlichen sozioökonomischen Stratifikation der Gesellschaft in der Zukunft.

Die Herstellung demokratisch legitimierter und kollektiv bindender Entscheidungen mag durchaus von digitalen Applikationen beeinflusst sein. Auch der Charakter neuer sozialer Bewegungen und insbesondere ihre Kampagnen leben von der Möglichkeit der Mobilisierung durch das Netz. Gleichzeitig wird ihre Be-

ständigkeit darunter leiden, dass eine digitale Mitgliedschaft in einem Diskussionsforum im Gegensatz zur tatsächlichen Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Partei schlicht flüchtig ist. Auch der „Like“-Button bei Facebook ersetzt nicht den Menschen aus Fleisch und Blut, der im Zweifel intersubjektiv handeln kann und die Prinzipien der von ihm digital geteilten Inhalte benennen, vertreten und somit leben kann.

Der gesellschaftliche Raum und so auch der „Raum der Ströme“, wie Castells es nennen würde, folgen den realen Machtverhältnissen des sozialen Raums, seinen Alltagskulturen und Milieus. Das heißt, der gesellschaftliche Raum ist nicht deshalb grundsätzlich anders vermachtet, weil den politischen Kräften neue Möglichkeiten der Kommunikation gegeben sind. Erst wenn eine Seite diese virtuoser nutzt als die andere, ergeben sich daraus andere politische Konstellationen, wie z. B. die „Change“-Kampagne Obamas und zuletzt die „Facebook-Revolution“ in Tunesien offenbarte. Dass die virale Kommunikation ausgerechnet der progressivere Teil der politischen Kräfte für sich nutzt, ist aber nicht ausgemacht.

Es ist daher zu debattieren und praktisch auszuprobieren, wie sich durch das Netz Chancen und Partizipationsmöglichkeiten jenseits der physischen Teilnahme an Demonstrationen eröffnen, die im Ergebnis zu einer politisch-demokratischen Revitalisierung beitragen können. Es kommt darauf an, was man aus dieser immer noch potentiell technologischen Anarchie „Internet“ formt. ■

⇒ Björn Böhning ist Vorsitzender des Forums Demokratische Linke (DL21) und Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

⇒ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

⇒ Tim Rohardt (33), Politikwissenschaftler, studierte in Kiel, Hagen, Postdam, Kopenhagen und Wien. Er betreut den Blog der DL21 und arbeitet beim thüringischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie. Er lebt in Berlin und Erfurt.

⇒ Thilo Scholle, lebt in Lünen und ist Mitglied der spw-Redaktion.

⇒ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.